

## Niederschrift

über die 8. Sitzung des Sozialausschusses am 26.11.2015  
(9. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	4
<b>2 Schuldnerberatung in Meerbusch</b> .....	4
<b>2.1 Bericht des Sozialdienstes kath. Männer Neuss e.V.</b> .....	4
<b>2.2 Verlängerung d. Vereinbarung mit dem Sozialdienst kath. Männer Neuss e.V. Vorlage: FB2/0317/2015</b> .....	5
<b>3 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - Bericht der Verwaltung</b> .....	5
<b>4 Bericht zur Flüchtlingssituation Vorlage: FB2/0103/2015</b> .....	6
<b>5 Haushaltsberatung 2016</b> .....	6
<b>6 Anträge</b> .....	9
<b>7 Anfragen</b> .....	10
<b>7.1 Anfrage der Fraktionen CDU &amp; Bündnis 90/ Die Grünen vom 17.10.2015 - Gesundheitskarte Vorlage: FB2/0040/2015</b> .....	10
<b>8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	10
<b>9 Termin der nächsten Sitzung: 9. Februar 2016</b> .....	10
<b>10 Verschiedenes</b> .....	10

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
 Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenklied Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Sachkundige Bürgerin

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied Vertretung für Frau Helga Hermanns

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Christian Welsch Ratsmitglied Vertretung für Frau Katja Giesen

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Marc Becker Ratsmitglied

**Beratende Mitglieder**

Herr Dr. Lothar Chaillié Behindertenbeauftragter

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat

Frau Natalie Napp Fraktion Aktive Bürger Meer-

Herr Wilfried Pahlke Wohlfahrtsverbände

**von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

**Schriftführerin**

Frau Bettina Scholten

Fachbereich 2

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Frau Katja Giesen

Ratsmitglied

Vorsitzender Focken eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung des Ausschusses fest.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Auf Anfrage des Einwohners Joachim Schütz erläutert die Verwaltung, dass die räumliche Beschränkung (sogenannte Residenzpflicht) für Asylbewerber und Geduldete auf längstens drei Monate nach der Einreise befristet sei. Unabhängig davon bestehe jedoch nach der Zuweisung in eine Kommune für dort eine Wohnsitzauflage. Bis zur ersten Registrierung als Asylsuchender gelte der Aufenthalt eines Flüchtlings allerdings als illegal.

### **2 Schuldnerberatung in Meerbusch**

#### **2.1 Bericht des Sozialdienstes kath. Männer Neuss e.V.**

Nach einleitenden Worten von Herrn Geschäftsführer Franz Eßer informiert Schuldnerberater Uwe Simons anhand der als Anlage beigefügten Folienpräsentation ausführlich über die Aktivitäten des SKM Neuss e.V. für Meerbuscher Bürgerinnen und Bürger. Dabei erläutert er neben den statistischen Daten der Jahre 2014/2015 auch den aktuellen Stand zum Präventionsprojekt „Knete, Krisen, Kompetenzen“ und nimmt ferner die Thematik der Überschuldung im Alter in den Fokus.

Im Anschluss an den Vortrag beantwortet Herr Simons die Fragen aus dem Ausschuss. Bei den Personenzahlen handele es sich um Fallzahlen; die Klienten nähmen in der Regel mehrere, meist zahlreiche, Beratungen in Anspruch. Am Anfang der Beratung stünde, nach Klärung der familiären und finanziellen Situation, zunächst die Existenzsicherung. Ziel sei es, die Schuldner aus der reagierenden wieder in eine agierende Position zu versetzen. Weitere Schritte seien dann die Erstellung einer Haushaltsplanung und schließlich die Regulierung der Schulden, gegebenenfalls auch mittels Durchführung eines Insolvenzverfahrens, in dessen Verlauf nach wie vor Kontakt zu den Schuldnern gegeben sei.

Im Hinblick auf das Präventionsprojekt der Schulen wird seitens der Ausschussmitglieder mehrfach der Wunsch nach einer Ausweitung auf weitere Schulen geäußert. Sofern man neben der Volksbank weitere Sponsoren für Meerbusch fände, sei nach Auffassung des SKM Neuss e.V. eine Erweiterung grundsätzlich denkbar.

Im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation stelle sich auch der SKM auf eine steigende Zahl von Überschuldungen ein, diese werde die Beratungsstellen aber erst mit zeitlicher Verzögerung erreichen.

Abschließend bestätigt Herr Simons, dass die Senkung von Mietkosten zur Entlastung der finanziellen Situation sich schwierig gestalte. Ausschlaggebend dafür sei vorrangig das Hemmnis negativer Schufa-Einträge bei der Anmietung neuen Wohnraums.

## 2.2 Verlängerung d. Vereinbarung mit dem Sozialdienst kath. Männer Neuss e.V. Vorlage: FB2/0317/2015

### Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beschließt, die Vereinbarung mit dem Sozialdienst Katholischer Männer Neuss e.V. auf zwei Jahre zu verlängern. Für den Fall einer veränderten Finanzierungssituation auf Kreisebene, ist in der Vereinbarung eine dementsprechende vorzeitige Kündigungsmöglichkeit vorgesehen.

### Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
DIE LINKE/Piraten	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>16</b>	<b>1</b>	

Erster Beigeordneter Maatz informiert über die auch im vergangenen Jahr andauernden Bemühungen der Stadt Meerbusch, kreisweit eine paritätische Verteilung der Fördermittel für die Träger der Schuldnerberatung und somit auch eine gerechtere Kostenbelastung für die Kommunen zu erzielen. Zwar habe eine Umverteilung der Kreismittel für die Beratung der Leistungsempfänger nach den Sozialgesetzbüchern II und XII zwischenzeitlich stattgefunden, eine bedarfsgerechte Verteilung der weiteren Drittmittel sei aber immer noch nicht vorgesehen. Er beabsichtige daher, Ansätze für eine gerechtere Kostenverteilung zu lokalisieren.

Hinsichtlich anderer Anbieter für die Schuldnerberatung erläutert Herr Annacker, dass es im Kreis eine Arbeitsgemeinschaft der Schuldnerberatungen gäbe, die sich auf bestimmte Zuständigkeiten verständigt hätte. So sei der SKM Neuss e.V. für Meerbusch und anteilig für Neuss zuständig. Des Weiteren seien auch das Diakonische Werk Neuss e.V., die Caritas Sozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH sowie der Internationale Bund e.V. für die anderen kreisangehörigen Kommunen tätig.

Das Angebot der Schuldnerberatung als solches wird einvernehmlich als notwendig erachtet. Die UWG-Fraktion vertritt allerdings die Auffassung, dass die Kosten in Relation zu den Fallzahlen zu hoch seien. Auch könne man nach Auffassung von sachkundigem Bürger Gather mit einer Verlängerung für lediglich ein Jahr mehr Druck auf den Träger ausüben. Ratsfrau Pricken begrüßt in diesem Zusammenhang die höhere Planungssicherheit für den Träger durch die Verlängerung um nunmehr zwei Jahre.

## 3 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - Bericht der Verwaltung

Erster Beigeordneter Maatz verweist zunächst auf die ausführliche Berichterstattung im Rahmen der Sitzung des Jugendhilfeausschusses im September diesen Jahres.

Heute sei nunmehr seitens des Landschaftsverbandes Rheinland der landesweite Aufnahmeschlüssel für unbegleitete Minderjährige in NRW mitgeteilt worden. Danach komme auf 1.779 Einwohner 1 unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA). Somit seien in Meerbusch aktuell 30 unbegleitete Minderjährige aufzunehmen. Unter Berücksichtigung der bereits 14 in Obhut genommenen minderjährigen Flüchtlinge sei somit für weitere 16 unbegleitete Minderjährige eine Versorgung sicherzustellen.

tellen. Gleichzeitig sei für die weitere kommunale Planung darauf hingewiesen worden, dass aufgrund der bundesweiten Entwicklung mit einem weiteren Anstieg der Aufnahmepflicht zu rechnen sei.

Ferner informiert Herr Annacker über die Bereitstellung von vier Wohnheimen für die vorübergehende Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge aus den Notunterkünften bis zur jeweiligen Klärung der bestehenden Anbindung an eine familiäre Fluchtgemeinschaft. Tatsächlich unbegleitete Minderjährige seien grundsätzlich im Rahmen der Jugendhilfe unterzubringen oder zu betreuen. Dabei entscheide das Jugendamt im Rahmen der Ausübung des Aufenthaltsbestimmungsrechtes über die beste Lösung für den jungen Menschen. Unter Berücksichtigung der bei den Jugendhilfeträgern zur Verfügung stehenden Kapazitäten seien Interimslösungen allerdings nicht ausgeschlossen.

An einer Aufnahme eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings interessierte Familien können unmittelbar Kontakt zu Herrn Annacker aufnehmen.

#### **4 Bericht zur Flüchtlingssituation Vorlage: FB2/0103/2015**

Erster Beigeordneter Maatz informiert über den aktuellen Stand hinsichtlich der Flüchtlingssituation in Meerbusch. Wie die Informationsvorlage darlege, seien die Fallzahlen für Meerbusch nahezu unverändert. Dies sei nach wie vor auf die Anrechnung der Plätze in den großen Notunterkünften im Rahmen der Amtshilfe zurückzuführen. Noch im Dezember werde allerdings wieder mit städtischen Zuweisungen von ca. 40 Flüchtlingen wöchentlich gerechnet. Neben freien Einzelplätzen in den bestehenden Unterkünften stünden zeitnah für die Unterbringung noch das kath. Pfarrzentrum in Strümp sowie die ehemalige Radiowerkstatt an der Barbara-Gerretz-Schule zur Verfügung. Die Barbara-Gerretz-Schule selbst soll nach dem vorzeitigen Umzug der Grundschule in den Weihnachtsferien voraussichtlich Anfang März für die Unterbringung von weiteren Flüchtlingen zur Verfügung stehen. Sollten die Kapazitäten vorher erschöpft sein, werde man bei der Bezirksregierung erneut einen Aufschub der Zuweisungen bis zur Fertigstellung beantragen müssen.

Im Übrigen befasse man sich weiter mit der Planung der Neubauten, die 2017 fertig gestellt werden sollen und der Errichtung von Unterkünften in Holzrahmentafelbauweise am Eisenbrand und an der Kranenburger Straße, die ab Sommer 2016 nach und nach in Betrieb gehen sollen. Über die Weiterentwicklung der bisherigen Planungen werde in zukünftigen Sitzungen regelmäßig informiert.

#### **5 Haushaltsberatung 2016**

##### **Beschluss:**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2016 für den Produktbereich 050 / Soziale Leistungen (Seite 303 – 344 und Seite 351 – 356, ausschließlich des Produktes 050 341 010 / Unterhaltsvorschuss (Seite 345 – 350), zur Beschlussfassung vorzuschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD			3
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>14</b>		<b>3</b>

Des Weiteren nimmt der Ausschuss den Sonderhaushalt Soziales, Seiten 692 – 707 des Haushaltsentwurfes 2016, zur Kenntnis.

Beratung und Beschlussfassung erfolgten produktweise unter Einbeziehung der vorliegenden Anträge der SPD- und UWG-Fraktion.

Zu folgenden Produkten wurden nach Beratung weitere Einzelbeschlüsse gefasst.

**Produkt 050 313 010 „Soziale Hilfen für Asylbewerber“****Antrag der SPD-Fraktion - Flüchtlingskongress**

Ratsfrau Niegeloh erläutert die Notwendigkeit der Durchführung eines Flüchtlingskongresses. Es sei erforderlich, ein Gesamtkonzept für die zukünftige Aufnahme und Integration der Asylbewerber in Meerbusch unter Beteiligung aller in der Flüchtlingshilfe aktiven Gruppierungen zu erstellen. Für die Durchführung einer entsprechenden Veranstaltung wolle man der Verwaltung einen Mittelansatz in Höhe von 5.000,00 € zur Verfügung stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
DIE LINKE/Piraten	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>4</b>	<b>13</b>	

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

**Antrag der SPD-Fraktion – Aufstockung der Zuschüsse für die sozialpädagogische Betreuung**

Im Anschluss erläutert Ratsfrau Niegeloh den Antrag der SPD hinsichtlich der Aufstockung des Zuschussbetrages zur Finanzierung einer zusätzlichen Fachkraftstelle für die sozialpädagogische Betreuung der Flüchtlinge. Die Aufstockung des Sachkontos 5318 0000 „Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke“ um 70.000,00 € sei notwendig, um den gestiegenen Fallzahlen Rechnung zu tragen und eine Beratung an den unterschiedlichen Standorten gewährleisten zu können.

Trotz sachlicher Zuständigkeit des Sozialausschusses besteht unter den Anwesenden Einvernehmen, den Antrag in die zweite Lesung des Haushaltes im Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen, um diesen dort im Zusammenhang mit den weiteren Stellenplanmaßnahmen für den Bereich Asyl beurteilen zu können.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss beschließt, den Antrag der SPD-Fraktion an den Haupt- und Finanzausschuss am 3. Dezember 2015 zur Beratung im Rahmen der zweiten Lesung des Haushalts 2016 zu verweisen.

**Abstimmungsergebnis:                      einstimmig**

**Produkt 050 315 010 „Ü-Heime für Aussiedler und Asylbewerber“**

**Antrag der SPD-Fraktion – Ausweitung des Hauswart- und Pfortendienstes**

Bezüglich des Antrages der SPD-Fraktion auf Ausweitung der 24-Stunden-Betreuung auf alle Asylbewerberheime verweist Ratsfrau Niegeloh nochmals auf die bereits neu geschaffenen wie auch in Planung befindlichen Unterkünfte, für die nach Auffassung der SPD-Fraktion der gleiche Betreuungsstandard wie für die Unterkünfte an der Cranachstraße und am Heidbergdamm gelten sollten. Auch die Strümper Straße müsse dabei sowohl im Hinblick auf die Flüchtlinge wie auch die obdachlosen Bewohner Berücksichtigung finden. Insofern beantrage die SPD-Fraktion neben der bereits vorgesehenen Aufstockung des Ansatzes durch die Stadt eine weitere Erhöhung des Ansatzes bei Sachkonto 5429 0000 „Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten“ um 80.000,00 € auf dann insgesamt 400.000,00 €.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG		1	
DIE LINKE/Piraten			1
<b>Gesamt:</b>	<b>3</b>	<b>13</b>	<b>1</b>

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

**Produkt 050 331 010 „Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege“**

**Antrag der SPD-Fraktion – Anschubfinanzierung und Organisation einer Taschengeldbörse**

Ratsfrau Niegeloh verweist auf die bereits erfolgten Beratungen bezüglich der Etablierung einer Taschengeldbörse im Sozialausschuss. Der Rhein-Kreis Neuss hat sich hinsichtlich des Aufbaus einer Taschengeldbörse im Rahmen des Projektes Servicebrücken Jugend und Alter zwischenzeitlich für die Unterstützung des Konzeptes der Stadt Neuss entschieden. Da somit für Meerbusch keine EU-



Fördermittel bereitgestellt werden, hält die SPD-Fraktion eine Anschubfinanzierung durch die Stadt für wünschenswert, um das Projekt dennoch realisieren zu können. Dafür soll der Ansatz bei Sachkonto 5318 0000 „Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke aus anderen Bereichen“ für das Jahr 2016 um 5.000,00 € auf insgesamt 145.000,00 € erhöht werden.

Herr Pahlke erinnert in diesem Zusammenhang an die grundsätzliche Bereitschaft der Diakonie Meerbusch, eine solche Taschengeldbörse zu betreiben. Die konkrete Umsetzung sei noch zu klären.

Ratsherr Mocka schlägt im Hinblick auf die noch offenen Fragen der konkreten Umsetzung vor, die Mittel in der beantragten Höhe bereitzustellen und mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Der Antrag wird, ergänzt um die Verhängung eines Sperrvermerkes, zur Abstimmung gestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU	6		
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
DIE LINKE/Piraten	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>12</b>	<b>3</b>	

### **Antrag der UWG-Fraktion – Streichung der Zuschüsse für die Schuldnerberatung durch den SKM Neuss e.V.**

Die UWG schlägt vor, die Zuschüsse für die Schuldnerberatung durch den SKM Neuss e.V. bei Sachkonto 5318 0000 „Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke aus anderen Bereichen“ in Höhe von 28.200,00 € zu streichen. Auf die Diskussion zu TOP 2.2 sei an dieser Stelle verwiesen.

### **Abstimmungsergebnis:**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU		8	
SPD		3	
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>1</b>	<b>16</b>	

Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

## **6 Anträge**

Außer den Anträgen zur Haushaltsberatung (siehe TOP 5) liegen keine weiteren Anträge vor.

## 7 Anfragen

### 7.1 Anfrage der Fraktionen CDU & Bündnis 90/ Die Grünen vom 17.10.2015 - Gesundheitskarte Vorlage: FB2/0040/2015

Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass die ausführliche Beantwortung der Anfrage dem Protokoll als Anlage beigefügt werde. Auffassung der Stadt, und nach aktuellem Stand auch der weiteren kreisangehörigen Kommunen, sei es, dass die Nachteile einer solchen Lösung gegenüber den Vorteilen derzeit deutlich überwiegen. Von einer Einführung solle daher aktuell abgesehen werden.

## 8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Erster Beigeordneter Maatz informiert über die aktuellen Termine des mobilen Beratungsbüros in den Stadtteilen.

Ferner berichtet er von der Übergabe des Erlöses des diesjährigen Meerbuscher Unternehmer-Cups für Kids (MUCKIS) in Höhe von 2.500,00 € an den Verein Meerbusch hilft e.V. für Kinderspielgruppen in den Flüchtlingsunterkünften.

## 9 Termin der nächsten Sitzung: 9. Februar 2016

## 10 Verschiedenes

Ausschussvorsitzender Focken verweist auf die alljährliche Sterntaleraktion des FB 2 und ermuntert zu reger Beteiligung.

Meerbusch, den 7. Dezember 2015




---

Hans Günter Focken  
Ausschussvorsitzender

---

Bettina Scholten  
Schriftführer/in